

Lehre und Forschung

Gabriele Abels und Marianne Kneuer

Gut gemeint heißt nicht gut gemacht. Zur Debatte um das CHE-Ranking in der Politikwissenschaft

*„While faculty are affected by these policies, they are not innocent victims“
(Hazelkorn 2011: 196).*

1. Zum Sinn und Zweck von Hochschulrankings

„There is a growing obsession with university rankings around the world“ – so beginnt Ellen Hazelkorn (2011: 4), eine der einflussreichsten Bildungsforscherinnen unserer Tage, ihre bahnbrechende Studie über Hochschulrankings. Rankings bestehen zwar seit ca. 100 Jahren, doch erst seit den 1980er Jahren wird ihnen wachsende Aufmerksamkeit zuteil. Nationale Rankings zur Qualitätsmessung von Universitäten gibt es mittlerweile in mehr als 30 Ländern (Federkeil 2013: 34), seit Anfang der 2000er Jahre werden auch internationale Rankings entwickelt. 2003 legte die Shanghai Jiao Tong University das „Academic Ranking of World Universities“ (ARWU) vor mit dem Ziel, den Standort chinesischer Universitäten zu bestimmen; seitdem sind zahlreiche andere Rankings entstanden (vgl. Hazelkorn 2011: 32-38).

Hochschulrankings werden mittlerweile von diversen Anbietern offeriert; das Spektrum reicht von Wissenschaftsorganisationen, staatlichen Evaluationsagenturen bis hin zu Zeitungen (vgl. Federkeil 2013: 35). Rankings verfolgen unterschiedliche Ziele und richten sich an verschiedene Zielgruppen – an Studierende und Wissenschaftler/innen, an Hochschulleitungen und Bildungspolitiker/innen, an die allgemeine Öffentlichkeit, und auch Arbeitgeber bewerten die Qualität von Bewerbern auf der Grundlage, an welchen Universitäten die Ausbildung erfolgte. Rankings verwenden zudem diverse methodische Instrumente und Indikatoren. Angesichts dessen ist es wenig überraschend, dass sie zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Nehmen wir das Beispiel der Universität Tübingen, an der eine der Autorinnen dieses Beitrags tätig ist: Nach dem Shanghai-Ranking, welches insgesamt

500 Universitäten einbezieht, liegt die Universität Tübingen im weltweiten Vergleich in 2012 irgendwo zwischen Platz 151-200; denn ab Platz 100 wird keine genaue Platzierung mehr vorgenommen. Nach dem Thompson Reuters Work University Ranking (THE-TR), das gemeinsam mit der britischen Hochschulzeitung „Times Higher Education“ erarbeitet wird, belegt Tübingen im selben Zeitraum den Platz 187. Im World University Ranking der Middle East Technical University (METU) in Ankara, welche ein „University Ranking by Academic Performance“ (URAP) vornimmt und hierfür 2.000 Einrichtungen der höheren Bildung einbezieht, liegt Tübingen immerhin auf Rang 131. Neben diesen allgemeinen Rankings gibt es auch spezielle Forschungsrankings, die sich etwa auf bibliometrische Analysen stützen. Nach dem Ranking der Leiden University belegt Tübingen nur Platz 201. Im ebenfalls bibliometrisch ausgerichteten Ranking des Higher Education Evaluation & Accreditation Council of Taiwan (HEEACT; sog. Taiwan-Ranking) nimmt Tübingen weltweit den 122. Platz ein. Was also nun? Platz 122 oder doch nur 201? Oder beides? Diese unterschiedlichen Platzierungen verweisen auf das zentrale Problem von Rankings: ihre Qualität – und ihre Verwendung im globalisierten bildungspolitischen Exzellenz- und letztlich Existenzwettkampf.

Hochschulrankings genießen eine außerordentlich hohe mediale Aufmerksamkeit. Von Anfang an waren sie ebenso populär wie umstritten. Umstritten waren sie wegen der angreifbaren Methodik und der mangelnden Berücksichtigung der Unterschiede zwischen nationalen Hochschulsystemen (vgl. Federkeil 2013),¹ was eben zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen kann (siehe das Beispiel Tübingen). Populär waren Rankings stets, weil sie für verschiedene Adressaten-Gruppen wichtige Funktionen (v. a. Information und Transparenz) erfüllen und die Komplexität von Bildungs- und Wissenschaftssystemen auf ein verständliches Maß reduzieren, das es erleichtern soll, gut begründet biografische (aus Studierendenperspektive) oder strukturelle (aus Perspektive von Hochschulleitungen und Bildungspolitiker/innen) Entscheidungen zu treffen. Das heißt aber auch, dass sich die Rankings selbst daran messen lassen müssen, ob sie diese Funktionen für die verschiedenen Zielgruppen tatsächlich erfüllen. Also: Vermitteln sie den Studierenden ebenso wie den Arbeitgebern auf der Grundlage der ausgewählten Kriterien eine Orientierungshilfe? Bieten sie eine robuste Grundlage für Universitätsleitungen,

1 So wurden zum Beispiel auch bestehende Rankings wegen methodischer Mängel aufgegeben oder weiterentwickelt. So wurde etwa das Quacquarelli Symonds World University Ranking (QS) wegen gravierender Mängel revidiert und das Ranking des Times Higher Education Supplement (THES) wird nunmehr gemeinsam mit Thomson Reuters erarbeitet (CHE 2013 a).

Wissenschaftler/innen und Wissenschaftspolitiker/innen – sei es zur Selbstvergewisserung, sei es als „Hilfe“ für strategische Entscheidungen?²

Im Mittelpunkt unseres Beitrags stehen Rankings, die sich an Studieninteressierte wenden. Sie befördern das Bild vom Studierenden als Konsument/in, der bzw. die ein Recht auf umfassende Information hat, um eine möglichst gute Bildungsrendite zu erzielen. Sie zielen zumeist darauf ab, „a guide for students as consumers“ zu sein, und zwar „about the quality and potential private benefits of university attainment, including their lifestyle and occupational/salary premium“ (Hazelkorn 2011: 122). Allerdings ist diese „value-for-money“- und „return-on-investment“-Perspektive eine, die sich nicht nur Studieninteressierte (und ggf. deren Eltern) zu eigen machen, um daran ihr Bewerbungsverhalten für Studienplätze auszurichten, sondern vielfach auch Bildungspolitiker/innen sowie die Öffentlichkeit insgesamt. Und auch Hochschulleitungen richten hochschulpolitische Entscheidungen an den Ergebnissen von Fächerrankings aus, wenn es um die knappe Verteilung von Ressourcen geht.

Rankings haben somit viele Adressaten und entwickeln ein Eigenleben. Sie führen, wie Hazelkorn (2011: 189) schreibt, zu einem „reshaping“ von Bildungseinrichtungen. Sie sind ein Instrument des Kampfes auf globalisierten Wissensmärkten und verstärken den Trend „towards policy-making by numbers“ (ebd.: 195). Umso mehr muss daran gelegen sein, dass Rankings methodisch überhaupt das messen, was sie für sich reklamieren zu messen.

2. Das CHE-Ranking in Deutschland

Nun mag man gerade gegen die allgemeinen Hochschulrankings anführen, dass diese notwendigerweise zu „grob-schlächting“ sind, da sie die bestehenden Leistungsunterschiede zwischen den Fächern an Universitäten nicht berücksichtigen können. Hier versprechen fachspezifische Rankings Abhilfe zu schaffen. In Deutschland ist das Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) der privaten Bertelsmann-Stiftung der Vorreiter.³ Dieses erhebt für sich den Anspruch, „das umfassendste und detaillierteste Ranking deutschsprachiger Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien“ (CHE 2013 b) zu sein. Insgesamt werden

2 In diesem Zusammenhang ist eine (vom Bundesbildungsministerium geförderte) Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim interessant, die feststellt, dass in Deutschland nach wie vor die Nähe der Hochschule zum Wohnort der Eltern das wichtigste Kriterium für Studieninteressierte bei der Entscheidung für eine Hochschule darstellt (Hochschräer 2011).

3 Neben dem Hochschulranking führt das CHE seit 2007 ein europaweites Excellence-Ranking durch, das sich jeweils auf spezifische Fächer(-gruppen) konzentriert, und seit 2009 zudem ein spezielles nationales Forschungsranking (CHE 2013 c).

37 Fächer gerankt; damit wird der größte Teil der Studienanfänger/innen und Studierenden angesprochen. Diese sind die primäre Zielgruppe des Rankings, das „fair, informativ und qualifiziert“ sein will (ebd.). Im Hinblick auf die methodischen Grundlagen des Hochschulrankings reklamiert das CHE für sich eine „ausgefeilte Methodik“; denn neben „Fakten zu Studium, Lehre, Ausstattung und Forschung umfasst das Ranking Urteile von über 250.000 Studierenden über die Studienbedingungen an ihrer Hochschule sowie die Reputation der Fachbereiche unter den Professoren der einzelnen Fächer“ (ebd.).

Vor dem Hintergrund dieser Selbstpräsentation mag es verwundern, warum das Hochschulranking in den vergangenen Jahren so viel Kritik vonseiten der Fachvereinigungen auf sich gezogen hat. Etliche haben zudem beschlossen, sich an den CHE-Erhebungen nicht mehr zu beteiligen; so der Verband deutscher Historiker und Historikerinnen, die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS), die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK), die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), der Anglistenverband sowie die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh). Dazu kommt der Ausstieg einzelner Universitäten (wie Bonn und Hamburg) oder Fachbereiche bzw. Fakultäten.

Die beiden deutschen politikwissenschaftlichen Fachvereinigungen – Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) – haben einen anderen Weg beschritten und in einer konzertierten Aktion Ende 2012 ein Moratorium beschlossen, das heißt, sie haben den politikwissenschaftlichen Instituten empfohlen, sich an der ursprünglich für Sommer 2013 geplanten Erhebungsrunde des Rankings nicht zu beteiligen. Mit diesem Moratoriumsbeschluss ist zugleich der Entschluss verbunden, mit dem CHE in einen Dialog zu treten über die Verbesserung des methodischen Instruments, insbesondere im Hinblick auf die Indikatoren für die Forschungsbewertung und die Repräsentativität der Studierendenbefragung. Diese Empfehlung ist in den vergangenen Monaten innerhalb der deutschen Politikwissenschaft intensiv diskutiert worden. Zahlreiche politikwissenschaftliche Institute haben sich dem Moratorium angeschlossen, andere wiederum nicht.⁴ Auch die Meinungen der Fachvertreter reichen von einer generellen Ablehnung der Weiterarbeit mit dem CHE über die einhellige Unterstützung des Moratoriums bis hin zu sehr kritischen Äußerungen zu dieser Empfehlung (siehe auch Abels/Kneuer 2013). In diesem Beitrag möchten wir die Debatte – das Für und Wider – darstellen und die weitere Entwicklung skizzieren.

4 Für eine Übersicht über die Institute siehe die Homepage der DVPW (www.dvpw.de).

3. Die Debatte um das CHE-Ranking in der Politikwissenschaft

Zentrale Ausgangspunkte dieser Debatte in der deutschen Politikwissenschaft sind zwei notwendige Zielvorstellungen. Erstens: Rankings müssen das messen, was sie für sich reklamieren zu messen. Und zweitens: Sie müssen dies methodisch korrekt tun. Kurzum: Als eine spezifische Form empirischer Sozialforschung müssen sich auch Rankings selbst an den etablierten Gütekriterien messen lassen.

Auf diese Aspekte hatte sich seit etlichen Jahren⁵ die Kritik zahlreicher Fachvereinigungen und so auch die der Politikwissenschaft fokussiert. Es versteht sich, dass das CHE für seine Erhebungen auf die Zusammenarbeit mit den Fachinstituten angewiesen ist. Andererseits sollte den Fächern, die die Daten zu liefern haben, die Methodik der Datenerhebung und Datenbewertung transparent gemacht werden, und es sollte eine fortlaufende Qualitätskontrolle stattfinden.

Nun kann man dem CHE nicht vorwerfen, dass es nicht regelmäßig den Kontakt zu den Fachvereinigungen gesucht hätte. Dazu sei als Hintergrund erläutert, dass es Usus war und ist, deren Vertreter/innen vor den Erhebungen einzuladen und sie über die anstehende Erhebung in Kenntnis zu setzen. Was jedoch zunehmend Unzufriedenheit erzeugte war der Umstand, dass der Umgang des CHE mit der geäußerten Kritik und dem Wunsch nach Modifizierung des Erhebungsinstruments von den Fachvereinigungen als wenig dialog- und lösungsorientiert empfunden wurde. Die bei zahlreichen Treffen vorgebrachten Einwände und Petita verhallten. Fachkolleginnen und Fachkollegen hatten zunehmend auf Mängel und Probleme bei einzelnen methodischen Indikatoren hingewiesen.

Dabei gilt es zwei Punkte hervorzuheben: Zum einen spiegelten die Debatten in den Fachvereinigungen die überwiegende Einschätzung, dass – generell gesprochen – ein Hochschulranking sinnvoll sei. Zum anderen überwogen in den Debatten sowohl in der DVPW als auch in der DGfP kritische Stimmen an der Methodik verknüpft mit der Forderung nach Modifikationen. Ferner besteht eine Unzufriedenheit der Wissenschaftler/innen darüber, wie Universitätsleitungen teilweise mit Rankings umgehen; so empfinden manche, dass „Ranking-Gläubigkeit“ auch Druck auf die Fachbereiche und Institute erzeugen kann.⁶ Daneben gab es stets Stimmen, die die Methodik unverändert bestehen lassen wollten und die Kritik hieran hinter informationellen Zugewinnen zurückstellten. Ein Beispiel für diese Argumentation ist der von Wolfgang Seibel (2013) publizierte Beitrag. Für Seibel ist das Moratorium lediglich ein politisches Abwehrinstrument der schlecht gerankten Institute,

5 Marianne Kneuer verfolgt dies seit acht Jahren als Vorstandsmitglied der DGfP.

6 Schließlich gibt es auch Fälle, in denen sich Universitätsleitung und Fakultäten/Institute nicht einig sind über die Teilnahme am CHE-Ranking (so der Fall in der Universität Siegen oder in Passau).

um sich dem Wettbewerb zu entziehen; hierdurch würden die fachlichen Standards des Fachs „torpediert“. Unser zentrales Argument ist es dagegen, dass es gerade die fachlichen Standards sind, die uns dazu bringen, auf eine Verbesserung der Methodik zu insistieren – und zur Erreichung dieses Ziels falls erforderlich auch einen Hebel, nämlich das Moratorium, einzusetzen.

Ohne in technische Details gehen zu wollen, seien hier wesentliche Aspekte genannt, die in beiden Fachvereinigungen seit einigen Jahren als besonders problematisch bewertet wurden und werden:⁷

- einzelne Forschungsindikatoren (z. B. die Messung der Forschungsleistung allein über die Höhe von Drittmitteln statt über die Einbeziehung etwa auch publikationsbasierter Indikatoren);
- einzelne lehrbezogene Indikatoren (z. B. Auswertung von Studierendenfragebögen auch bei sehr niedrigen Rücklaufquoten);
- mangelnde Transparenz bei den Rohdaten (z. B. Repräsentativität der Studierendenbefragung hinsichtlich der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Studierenden an den jeweiligen Universitäten – und nicht bezogen auf die Sozialstruktur aller Studierenden in Deutschland).
- Zudem war auch eine eigene, intrinsisch motivierte Qualitätskontrolle des CHE nicht erkennbar.

Es war diese mangelnde Dialogbereitschaft des CHE und der Fortbestand der problematischen Messmethodik, die zahlreiche andere Fachvereinigungen schließlich dazu bewog, aus dem CHE-Ranking komplett auszusteigen. Die politikwissenschaftlichen Fachvereinigungen dagegen haben sich für ein Moratorium entschieden, weil wir uns damit erhofften, so die monierte Gesprächsbereitschaft des CHE zu erhöhen mit dem Ziel, in die methodische Weiterentwicklung des CHE-Rankings einzusteigen. DVPW und DGfP haben sich bewusst dagegen gewandt, anderen Fachvereinigungen zu folgen und sofort ganz aus dem Ranking auszusteigen, sondern haben den konstruktiven Weg der Verhandlung gewählt. Das CHE hat positiv darauf reagiert, denn der seit 2008 amtierende Geschäftsführer, Prof. Dr. Frank Ziegele, und sein Team – so hat sich herausgestellt – sind sich zum einen der bestehenden Defizite des Rankings bewusst und zum anderen überaus interessiert daran, diese Defizite zu beheben und in Kooperation mit DVPW und DGfP das Messinstrumentarium weiterzuentwickeln.

Inzwischen haben die beiden Fachgesellschaften einen Dialog mit dem CHE begonnen. Ein erstes, positives Ergebnis ist, dass die für den Sommer 2013 geplante

7 Diese Punkte decken sich im Übrigen mit den Gravamina, die auch andere Fachvereinigungen konstatieren.

Erhebungsrunde der Politikwissenschaft vom CHE um ein Jahr auf 2014 verschoben wird, um dann auf einer hoffentlich solideren methodischen Basis – die in der Zwischenzeit weiter ausgearbeitet wird – durchgeführt zu werden. Sofern die Gespräche also erfolgreich sein werden, könnte in 2015 ein solideres Ranking vorliegen. Bei den Gesprächen zwischen CHE, DVPW und DGfP geht es übrigens nicht nur darum, die kritisierten Indikatoren zu modifizieren. Beide Seiten befinden sich in einem konstruktiven Dialog, bei dem gemeinsam über die Weiterentwicklung des Rankings und – das ist uns wichtig – über eine künftige Qualitätskontrolle nachgedacht wird. Ein überarbeitetes Ranking mit besseren und künftig kontrollierten Messmethoden wird freilich allen Fächern und Instituten zugutekommen.

4. Ausblick

Rankings sind kein harmloses Instrument der Messung von Qualität von Wissenschaft. Ihre wettbewerbspolitischen Effekte sind höchst ambivalent und folgenreich. Die Quantifizierung von Qualität, und dies macht das Wesen von Rankings aus, wird zu einem machtvollen Policy-Instrument und verleiht ihm die vermeintliche Würde wissenschaftlicher Objektivität (Hazelkorn 2011: 195). Ihnen wohnt eine „spezifische Dualität“ (Federkeil 2013: 35) inne: Denn einerseits sind sie „Ausdruck eines zunehmenden internationalen Wettbewerbs zwischen Hochschulen“ (ebd.: 36), in dem es um Reputation, Talente und Ressourcen geht – alles drei knappe Güter. Zugleich sind Rankings aber auch das „Medium dieses Wettbewerbs; sie reproduzieren und verstärken ihn durch ihre eigenen Ergebnisse“ (ebd.: 35 f.). Gerade als Politologinnen können wir uns gegenüber den wissenschafts- und bildungspolitischen Wirkungen von Rankings nicht verschließen und müssen uns selbst als Akteure statt als Opfer in diesem Wettbewerb betrachten.

In der jüngsten Diskussion, die sicher unter anderem von dem Projekt der DGS befördert worden ist, ein eigenes, wenngleich anders angelegtes Studieninformationssystem zusammen mit der Süddeutschen Zeitung zu entwickeln, ist stärker die Idee qualitativer Ansätze in den Fokus geraten. Das ist sicherlich ein Weg, über den man weiter nachdenken kann. Auch eine Koppelung von quantitativen Indikatoren mit inhaltlichen Informationen und qualitativen Aspekten gehört zu den Modellen, die bedenkenswert sind.

Gleichwohl ist klar: Ein perfektes Ranking wird es nie geben. Aber Gütekriterien guter sozialwissenschaftlicher Forschung müssen auch von einem Ranking eingehalten werden – insbesondere dann, wenn dieses die dargelegten Funktionen erfüllen soll. Insofern die Politikwissenschaft nicht zuletzt auch eine empirische Sozialwissenschaft ist, muss sie sich mit defizitären Messmethoden von Rankings be-

schäftigen, und zwar im Interesse aller ihrer Institute und vor allem im Interesse unserer Studierenden. Als Fachvereinigungen haben wir den Auftrag, hier mitzugestalten und nicht in einer Opferrolle zu verharren. Diesen Auftrag haben DVPW und DGfP mit ihrem Moratorium und ihrem Beschluss zur Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft mit dem CHE aktiv angenommen.

Literatur

- Abels, Gabriele/Kneuer, Marianne*, 2013: „Es geht allein um korrektes Messen“: Warum die Politikwissenschaft beim Uni-Ranking aussetzt – eine Replik, *Die Zeit*, 20.6.2013, 69, <http://www.zeit.de/2013/26/uni-ranking-politikwissenschaft> (Stand: 14.9.2013).
- Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)*, 2013 a: The World University Rankings, <http://www.che-ranking.de/cms/?getObject=63&getLang=de> (Stand: 23.8.2013).
- Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)*, 2013 b: CHE Hochschulranking, <http://www.che-ranking.de/cms/?getObject=50&getLang=de> (Stand: 23.8.2013).
- Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)*, 2013 c: CHE Ranking, <http://www.che-ranking.de/cms/?getObject=42&getLang=de> (Stand: 23.8.2013).
- Federkeil, Gero*, 2013: Internationale Hochschulrankings – Eine kritische Bestandsaufnahme, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 35, 34-49.
- Hazelkorn, Ellen*, 2011: *Rankings and the Reshaping of Higher Education: The Battle for World-Class Excellence*, Houndsmills/New York.
- Hochschräer, Julia*, 2011: *University Rankings in Action? The Importance of Rankings and Excellence Competition for University Choice of High-Ability Students*, ZEW Discussion Paper 11-061, Mannheim.
- Seibel, Wolfgang*, 2013: Der Trick mit den Schrottkarren. Die deutsche Politikwissenschaft verweigert sich dem Vergleich ihrer Studiengänge – und torpediert damit eigene Standards, *Die Zeit*, 9.5.2013, <http://www.zeit.de/2013/19/hochschule-politikwissenschaften-ranking> (Stand: 14.9.2013).

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Gabriele Abels
Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)
Institut für Politikwissenschaft (IfP)
Eberhard Karls Universität Tübingen
Melanchthonstr. 36
72074 Tübingen
E-Mail: gabriele.abels@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Marianne Kneuer
Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)
(bis 11/2013)
Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Sozialwissenschaften
Institut für Sozialwissenschaften
Universität Hildesheim
Marienburger Platz 22
31141 Hildesheim
E-Mail: kneuer@uni-hildesheim.de